

Presse-Information

P148/23
7. März 2023

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Anpassungen der Verbundstruktur am Standort Ludwigshafen: Landesregierung und BASF kommen zu jährlichem Treffen zusammen

Die rheinland-pfälzische Landesregierung und der Vorstand der BASF sind auf dem Gelände der BASF in Ludwigshafen zu ihrem jährlichen Austausch zusammengekommen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die aktuelle Situation und Veränderungen am Standort sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Chemie in Deutschland. Dabei wurde unter anderem über die Energie und Klimapolitik, starke Regulierungen und Technologien der Zukunft gesprochen. „Rheinland-Pfalz ist ein erfolgreiches Industrieland mit guten Arbeitsplätzen. Der chemischen Industrie kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Deswegen ist es eine vordringliche Aufgabe für Industrie und Politik, die Transformation zu einer klimaneutralen Produktion zu vollziehen und die dafür nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Landesregierung und BASF stehen deswegen in einem intensiven Austausch, um Innovationsfelder der Zukunft für die chemische Industrie zu identifizieren und die Weichen für eine Zukunft als klimaneutrales Industrieland zu stellen. Der von der Landesregierung auf Bundesebene angestoßene Chemie-Dialog ist ein weiteres Element in diesen Bemühungen“, teilten der Vorstandsvorsitzende der BASF, Dr. Martin Brudermüller, und Ministerpräsidentin Malu Dreyer anlässlich ihres jährlichen Treffens mit und betonten die Bedeutung dieser regelmäßigen Treffen.

Um die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland und Europa zu stärken, werden Maßnahmen ergriffen und Anpassungen an der Verbundstruktur vorgenommen. „Die Wettbewerbsfähigkeit der Region Europa leidet zunehmend unter

Überregulierung. Sie leidet auch immer mehr unter langsamen und bürokratischen Genehmigungsverfahren und vor allem unter hohen Kosten für die meisten Produktionsfaktoren. All dies hat bereits über viele Jahre das Marktwachstum in Europa im Vergleich zu anderen Regionen gebremst. Zusätzlich belasten jetzt die hohen Energiepreise die Profitabilität und Wettbewerbsfähigkeit in Europa“, sagt Brudermüller.

Diese strukturellen Veränderungen werden zu einer deutlichen Reduzierung des Strom- und Erdgasbedarfs am Standort Ludwigshafen führen. „Wir wollen Ludwigshafen zu dem europaweit führenden emissionsarmen Chemiestandort entwickeln. Ohne ausreichende Mengen an Strom aus erneuerbaren Quellen zu wettbewerbsfähigen Preisen an unserem Standort Ludwigshafen kann dies aber nicht gelingen. Wir müssen durch schnelles Handeln die industrielle Basis und den Wohlstand unseres Landes erhalten“, so Martin Brudermüller.

„Die Energiekrise im Zuge des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine stellte im vergangenen Jahr besonders für die energieintensive Industrie eine extrem große Herausforderung dar. Rheinland-Pfalz hat sich bereits vor Jahren auf den Weg gemacht, klimaneutral zu werden und ein wichtiger und innovativer Industriestandort zu bleiben. Ein wichtiges Thema, das wir erst kürzlich auch gemeinsam mit der chemischen Industrie und Bundeskanzler Scholz in Mainz diskutiert haben. Die Landesregierung sieht die chemische Industrie in Rheinland-Pfalz als Schlüsselindustrie zur Transformation. Aus diesem Grund ist der Landesregierung eine klare Entwicklungsperspektive für den Standort Ludwigshafen so wichtig. Das Land stellt mehr als 184 Millionen Euro für gezielte Investitions- und Innovationsförderung für Projekte der klimaneutralen Transformation und damit für eben diese Zukunft bereit. Wir sehen, dass auch unsere Partner in der Industrie die Energiekrise zum Anlass nehmen und ihren Weg zur Klimaneutralität beschleunigen und dabei auch die so wichtigen neuen Innovationsfelder erschließen“, betonte Ministerpräsidentin Malu Dreyer weiter.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität sind Innovationen aus der chemischen Industrie ein wichtiger Hebel. „Wir begrüßen und unterstützen die Initiative von Bundes- und Landesregierung, neue Innovationsmärkte der Chemie zu entwickeln und aufzubauen. Denn die zukünftige Innovationskraft der Chemie hängt von den heutigen Weichenstellungen ab. Transformation kann nur gelingen, wenn sie durch einen smarten Regulierungsrahmen unterstützt wird“, sagte BASF-Vorstandsmitglied Melanie Maas-Brunner.

„Wir freuen uns mit der BASF einen starken Partner für die grüne Transformation der Industrie und einen zukunftsfähigen Chemiestandort in unserem Land zu haben. Um den Transfer zu nachhaltiger Energieversorgung zu unterstützen, hat die Landesregierung ergänzend zum Ausbau der Erneuerbare Energien aus Wind- und Solarkraft die Wasserstoffstrategie beschlossen. Wir wollen Rheinland-Pfalz als Modellregion für grünen Wasserstoff etablieren, weil mit erneuerbarem Strom produzierter Wasserstoff eine Möglichkeit bietet, Produktionsprozesse klimaneutral umzugestalten und so das angestrebte Klimaneutralitätsziel zu erreichen“, so Umweltministerin Katrin Eder.

Breiten Raum bei dem Gespräch nahmen auch Verkehrs- und Infrastrukturthemen ein. Melanie Maas-Brunner unterstrich die Wichtigkeit des Rheins für eine funktionierende Logistik am Standort Ludwigshafen: „Der Rhein ist die zentrale Verkehrsader für den Standort und für die großen Volumina das wirtschaftlichste und gleichzeitig nachhaltigste Transportmedium. Seine Schiffbarkeit ist damit für uns von großem Interesse. Wir sind froh, dass die Bundes- und Landesregierung die Themen Schiffbarkeit des Rheins und Ausbau der Schieneninfrastruktur erkannt hat, jetzt braucht es eine zügige Umsetzung des Großprojekts ohne weitere Verzögerungen.“

„Eine moderne, sichere und leistungsfähige Infrastruktur ist in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz unverzichtbar und letztlich auch ein entscheidender Standortfaktor“, sagte Wirtschafts- und Verkehrsministerin Daniela Schmitt. „Deshalb investieren wir in das Straßennetz, in die Schienenwege für den Güterverkehr und in die Transportmöglichkeiten auf dem Wasser.“ Für das wichtige Projekt der Abladeoptimierung am Mittelrhein habe sich das Land zudem kontinuierlich auf Bundesebene starkgemacht. „Wir haben erreicht, dass in den Bundeshaushalten 2022 und 2023 deutlich mehr Stellen für Wasserstraßenprojekte am Rhein eingestellt wurden. Außerdem setze ich große Erwartungen in die aktuell eingesetzte Beschleunigungskommission von Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing. Wir haben uns als Land erfolgreich dafür eingesetzt, dass in der Kommission auch personelle und organisatorische Beschleunigungspotenziale diskutiert werden“, so Schmitt. „Der Rhein muss – auch bei niedrigen Wasserständen – eine zuverlässige Transportachse bleiben.“